

## Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleg\*innen,

Keine Details	Unsere inhaltlichen Positionen zu den einzelnen Punkten, haben wir bei den jeweiligen Beratungen schon ausgeführt. Zudem ist Rastatt mit dem planmäßigen Herangehen an die Aufgaben gut organisiert Dorfentwicklung, Feuerwehr, Schulen und Kindertagesbetreuung sind nur einige Beispiele für das planmäßige Vorgehen. Deshalb ist es überflüssig jetzt auf Details einzugehen.
Grün wirkt	Wir haben im letzten Jahr unsere Ausführungen an den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen orientiert. Mit Freude haben wir zur Kenntnis genommen, dass es auch in der Verwaltung Ideen gibt, diesen Maßstab zukünftig anzulegen. Wir werten solche Tendenzen als Zeichen, dass Rastatt beherrzte Schritte nach vorne gehen will. Auch dass die FW Palmer-Vorschläge aus Tübingen übernimmt, ist ein Indiz, dass Nachhaltigkeits- und Umweltthemen bei der großen Mehrheit angekommen sind – Grün wirkt!
Finanzquellen	Die Gewerbesteuer der großen Zahler war und ist eine wichtige Einnahme, aber die Monostruktur macht unsere Finanzen verletzlich.  Umso wichtiger ist es, dass das Land den Kommunen so viel Geld wie noch nie zur Verfügung gestellt hat. Weit über 60 Millionen Euro beim Bundesteilhabegesetz und ab dem kommenden Schuljahr wird die Nachmittagsbetreuung für die Schulen, die keine Ganztagesesschulen sind, wieder bezuschusst, wie bei Ganztageschulen heute schon.  Bei der Einbringung des Haushalts wurde der Vorschlag gemacht, den Gewerbesteuerhebesatz anzuheben. Die Grünen-Fraktion steht dem nicht grundsätzlich negativ gegenüber.
Die Standards: Postplatz ...	Die Ausgaben werden im Wesentlichen von den Standards bestimmt. Hier liegt es am Gemeinderat und vor allem an den Vorlagen der Verwaltung, sparsam zu wirtschaften. Zwei Beispiele seien genannt:  1. Die Neugestaltung des Postplatzes. Wir stehen zur Umgestaltung, die Gründe sind bekannt <sup>1</sup> und wollen auch nicht auf die Zuschüsse verzichten. Zwischen den anerkannten Kosten, die gefördert werden und den veranschlagten Kosten liegen Welten <sup>2</sup> . Da ist viel Luft nach unten in Planung und Umsetzung. Jetzt müssen aus Sicht der Grünen-Fraktion Verwaltung und Planer beweisen, dass sie bereit sind, die vorhandenen

<sup>1</sup> Durch die Umgestaltung des Postplatzes soll die Verbindung zwischen Schlossgalerie und Poststraße attraktiver und damit die Poststraße gestärkt werden.

<sup>2</sup> DS 2019-139: Gesamtkosten rd. 4,5 Mio. €; Basis der Förderung rd. 1,05 Mio.€ (davon 60% = 630.900 € max. Förderbetrag lt. DS). Falls die Förderung rd. 1 Mio. € betragen sollte (diese Zahl wurde auch schon genannt), wäre die Basis rd. 1,67 Mio. €

	Sparpotenziale auch zu heben. Der Postplatz ist der Lackmустest für das fachliche Können und das ernsthafte Wollen der Verwaltung.
... und Kombibad	2. Die Ausstattung des Kombibads hat der Gemeinderat mit Mehrheit beschlossen. Nun haben wir Klarheit über die Kosten und wir müssen überlegen, was wegfallen kann, um das Betriebsdefizit in einem finanzierbaren Rahmen zu halten <sup>3</sup> . Das ist doch ein ganz normaler Annäherungsprozess, schließlich wird nicht jedes Jahr ein Bad gebaut. Die Grünen-Fraktion steht nach wie vor zum Kombibad und dass es ein paar Schleifen zur Klärung braucht, haben wir immer vermutet und ausdrücklich akzeptiert <sup>4</sup> , warum soll so ein Vorgehen schlimm sein?
In die Zukunft investieren	Aber sparsam wirtschaften heißt nicht sich zu Tode sparen. Die Stadt muss sich z. B. Flächen für ihre Entwicklung sichern. Deshalb kann auch „keine Schulden“ nicht das Dogma des Handelns sein. Wenn danach auch alle Privatleute verfahren würden, wer hätte Wohneigentum?  Wenn „keine Schulden“ heißt: „Wir dürfen heute nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben und konsumieren“, dann ist das in Ordnung. Wenn es aber heißen soll, wir dürfen aus ideologischen Gründen nicht für die Zukunft investieren, dann ist das falsch.  Wäre das der Maßstab, könnten wir keine neuen Kanäle bauen, kein Wärmenetz ausbauen, wir könnten kein PFC aus dem Wasser filtern. Deshalb ist das apodiktische „keine neuen Schulden“ falsch. Richtig ist, dass wir entscheiden müssen WOFÜR wir Kredite aufnehmen wollen und auf was wir VERZICHTEN wollen.
Haushalt als Auftrag	Da müssen dann auch Entscheidungen her, denn der Beschluss über den HH ist kein Vorschlag an die Verwaltung zum optionalen Handeln. Er ist eine verbindliche Vorschrift <sup>5</sup> , das zu vollziehen, was budgetiert wurde. Irgendwelche symbolischen Positionen haben im Haushalt nichts zu suchen. Wenn das Gremium etwas beschließt, liegt die Durchführung nicht im Ermessen der Verwaltung, sondern das ist ein Auftrag und der ist umzusetzen, falls es keine zwingenden Hinderungsgründe gibt.
Personal	Ein wesentlicher Kostenblock ist das Personal. Personalmehrungen und sinkende Einnahmen passen eigentlich nicht zusammen. Im Detail sehen wir 2 Hauptgründe: die Integration der Wohnungswirtschaft und unsere eigenen Beschlüsse, wie z. B. bei der Feuerwehr <sup>6</sup> . Da relativiert sich das Bild.

<sup>3</sup> Unter finanzierbar versteht die Grünen-Fraktion ein Betriebsdefizit (=Betriebskostendefizit + Abschreibungen + Kapitaldienst), das im Rahmen des steuerlichen Querverbands tragbar ist.

<sup>4</sup> Die Grünen-Fraktion hat immer gesagt, dass sie den Weg zur endgültigen Entscheidung über die Ausstattung als iterativen Prozess betrachtet und dazu eben ein paar Schleifen nötig sein werden.

<sup>5</sup> darum auch der Begriff „Satzung“

<sup>6</sup> Stellen, die sich ganz oder teilweise selbst finanzieren, bleiben hier unerwähnt.

Daimler	Wir stehen nach wie vor zur Erweiterung des Daimler-Werkes, auch wenn das Vertrauen zum Unternehmen gelitten hat. Für die Innenverdichtung müssen hohe ökologische Standards gelten, die auch in 30 Jahren noch den Anforderungen entsprechen. Oder um es mit Professor Hager zu sagen: „Alles was jetzt geplant wird, muss schon klimaneutral sein.“ <sup>7</sup> Die Erweiterungsfläche im Südosten soll gesichert werden, aber bevor es zu Verlagerungen kommt, muss der Kauf verbindlich feststehen.
Mobilitätspakt	<p>E-Mobilität löst nicht das Mengenproblem auf den Straßen, aber senkt die CO<sub>2</sub>-Belastung. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied der Daimler AG, Michael Brecht hat es treffend formuliert: „ Die E-Mobilität ist zwar nicht das Nonplusultra, aber gegenwärtig die einzig verfügbare Technologie für die nächsten Jahre, die uns hilft Emissionen zu minimieren“<sup>8</sup>.</p> <p>Heilsversprechen auf irgendeine Technik in der Zukunft, helfen da nicht. Heilsversprechen sollten wir den Religionen überlassen. Die Grünen versprechen nicht das Heil. Wir machen pragmatische Vorschläge wie auch zukünftige Generationen noch menschenwürdig leben können.</p> <p>Im Mobilitätspakt sieht die Grünen-Fraktion den Auftakt einer kommunalen Verkehrswende. Wenn sie gelingt, wird sie einen Beitrag zur Aufenthaltsqualität in der Stadt, zur Wohnqualität an den Straßen und nicht zuletzt zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Belastung durch den Verkehrssektor liefern. All diese positiven Effekte sind es wert, Energie, Engagement und Geld zu investieren.</p>
Antrag	Ein Mosaikstein darin kann das 365-Euro-Ticket sein. Die erforderlichen Mittel, die für einen finanziellen Ausgleich benötigt werden, falls das 365-Euro-Ticket eingeführt wird, wurden auf Antrag der Grünen-Fraktion in den Haushaltsentwurf aufgenommen.
Klima sozial	Die Parole: „Wenn jede*r für sich sorgt, ist für alle gesorgt“ ist nachweislich falsch. Richtig ist: „Wenn es allen gut geht, geht es auch mir gut!“ Und dass es gut geht, ist Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der muss aber auch gepflegt werden. Die Grünen-Fraktion zählt dabei auf die Neu-Orientierung der GWA <sup>9</sup> Nachbarschaftsgespräche ist ein Stichwort, denn zusammenkommen und persönlich miteinander sprechen ist immer noch der Schlüssel für

<sup>7</sup> BNN; 03. Februar 2020

<sup>8</sup> Michael Brecht, BNN 06/02/2020

<sup>9</sup> „Es soll an dieser Stelle angeregt werden, dass die Fachleute vor Ort gemeinsam mit den dort bereits aktiven Bürger\*innen umsichtig beraten, welche möglichen Organisationsformen ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entsprechen könnten. Vielleicht könnten auch Exkursionen in andere Städte diesen Denkprozess unterstützen. Kontakte können gerne vermittelt werden.“ Aus „ Bericht zur Evaluation der Gemeinwesenarbeit in Rastatt“, S. 41

	gegenseitiges Verständnis.
Bildung	Deutlich über die Hälfte der Investitionen fließen in Schulen und Kindergärten also in die Bildungsinfrastruktur. Das zeigt die Notwendigkeit, aber auch welchen hohen Stellenwert die strategischen Ziele „Chancengleichheit“ und „bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsangebote“ bei uns haben.
Wohnen	<p>Weniger deutlich sehen wir das operative Ziel „Stärkung des sozialen Wohnungsbaus“<sup>10</sup> belichtet. Noch immer haben wir kein (Foto)protokoll der Klausurtagung. Woran liegt das? Will die Verwaltung das Thema, das doch auf der Klausurtagung von allen als so wichtig erachtet wurde, ausbremsen? Bei innovativen Wohnprojekten werden wir vom Umland überholt.</p> <p>Verglichen mit 2016 werden bis Ende des Jahres deutlich über 40% der preisgebundenen Wohnungen aus der Bindung fallen, bis Ende 2023 über die Hälfte.<sup>11</sup></p> <p>„Inklusion braucht ein Gesicht“, hat die Verwaltung gesagt, eine Ansprechpartnerin. Das gilt auch für das Grundbedürfnis Wohnen, auch das braucht ein Gesicht, eine Ansprechstelle!</p>
Bebauungspläne	<p>Zukünftige Bebauungspläne müssen konsequent auf Klimaschutz und Klimaanpassung ausgerichtet werden. Graben-Neudorf und Rheinstetten haben bewiesen, dass klimaneutrale Baugebiete möglich sind.<sup>12</sup> Es gibt jetzt für die Verwaltung keine Ausreden mehr.</p> <p>Die Stadtklima-Analyse muss neben jeder Planung liegen und die oftmals nicht zu vermeidenden negativen Folgen von Bebauung müssen über Begrünung und ähnliches abgemildert werden. Fassaden bieten die Chance sogar noch über die Grundfläche hinaus zu begrünen.</p>
Klimaaktionsplan	<p>Klimaanpassung ist nötig, aber eine defensive Reaktion. Mit der Klima- und Energiebilanz haben wir eine gute Grundlage um Einsparungsziele zu definieren und aus diesen dann die erforderlichen Maßnahmen abzuleiten und das ist dringend erforderlich. Es gibt zwar Parteien, die haben sich gegen den Euro gewandt und sind damit gescheitert, dann gegen die EU und sind gescheitert, dann gegen die Flüchtlinge und sind wieder gescheitert. Jetzt haben sie beschlossen, die Klimakrise zu leugnen und sie werden wieder scheitern. Zu weitergehenden Inhalten verweise ich auf unsere Ausführungen vom 10. Februar.<sup>13</sup></p>

<sup>10</sup> HH-Entwurf Seite 382

<sup>11</sup> 2016 gab es 913 geförderte WE; aus der (vorzeitigen) Bindung fallen bis Ende 2020 394, bis Ende 2023 weitere 85.

<sup>12</sup> BNN 03. Februar 2020

<sup>13</sup> [http://gruene-rastatt.de/wp-content/uploads/2020/02/Klima\\_Internet-1.pdf](http://gruene-rastatt.de/wp-content/uploads/2020/02/Klima_Internet-1.pdf)

<p>Wohin die Reise gehen soll ...</p>	<p>Was uns fehlt, ist eine Zukunftsperspektive – das haben wir bereits in unserer letzten HH-Rede angemahnt. Wenn die Verwaltung die Planung für die Landesgartenschau als Grundlage für einen Masterplan für die Stadtentwicklung sieht, dann sind wir auf dem richtigen Weg.</p> <p>Aber es ist nicht alleine die Aufgabe der Verwaltung hier voran zu gehen. Wofür sind wir denn gewählt, wenn nicht dafür, unsere Stadt positiv zu entwickeln? Wir sind es den Wähler*innen schuldig, diese Entwicklung auch voran zu treiben. Alles andere wäre Arbeitsverweigerung.</p>
<p>... liegt an uns</p>	<p>Wir müssen entscheiden, ob wir Lösungen entwickeln wollen oder uns mit nörgeln begnügen.</p> <p>Wir müssen entscheiden, ob wir Transformation erleiden oder gestalten. Sie wird stattfinden, mit oder ohne uns!</p> <p>Wir müssen nur wollen, aber wollen müssen wir schon!</p>